

Antrag 3/1/2025

Landesvorstand

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Einsetzung einer organisationspolitischen Kommission

- 1 1. Zur Überarbeitung und Modernisierung der
- 2 Satzung der SPD Brandenburg wird eine orga-
- 3 nisationspolitische Kommission eingesetzt.
- 4 2. Die Kommission soll insbesondere:
- 5 • die bestehende Satzung auf ihre inhaltli-
- 6 che, strukturelle und sprachliche Aktuali-
- 7 tät prüfen,
- 8 • Vorschläge zur besseren Verständlich-
- 9 keit, Transparenz und Praxistauglichkeit
- 10 erarbeiten,
- 11 • die Satzung an veränderte Anforderun-
- 12 gen durch Digitalisierung, Beteiligungs-
- 13 kultur und politische Rahmenbedingun-
- 14 gen anpassen,
- 15 • auch Vorschläge zur Reform von Gremi-
- 16 enstrukturen, Delegiertenrechten oder
- 17 Quoren unterbreiten.
- 18 3. Die Kommission soll mit 3 Vertreter*innen des
- 19 Landesvorstandes, dem Vorsitzenden des Lan-
- 20 desausschusses, dem Generalsekretär sowie
- 21 der Landesgeschäftsführerin besetzt sein. Zu-
- 22 züglich werden 3 weitere ehrenamtliche Mit-
- 23 glieder durch den Landesvorstand berufen.
- 24 4. Der Landesvorstand wird beauftragt, die Zu-
- 25 sammensetzung und Arbeitsweise der Kom-
- 26 mission zeitnah zu organisieren.
- 27 5. Die Kommission legt dem nächsten ordentli-
- 28 chen Landesparteitag einen umfassenden Re-
- 29 formvorschlag zur Beschlussfassung vor.

30
31 **Begründung**

32 Die Satzung ist das Fundament unserer innerpartei-

33 lichen Ordnung. Sie regelt, wie wir zusammenarbei-

34 ten, entscheiden und Verantwortung übernehmen.

35 Gerade in einer Zeit, in der sich politische Kommuni-

36 kation, Beteiligungskultur und gesellschaftliche Er-

37 wartungen rasant verändern, ist es unsere Aufgabe,

38 unsere Strukturen und Prozesse kritisch zu hinter-

39 fragen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln.

40 Die bestehende Satzung der SPD Brandenburg ent-

41 hält viele bewährte Regelungen, spiegelt aber in Teil-

42 len nicht mehr die gelebte Realität oder die An-

43 forderungen an eine moderne Mitgliederpartei wi-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

44 der. Häufig ist sie schwer verständlich, wenig flexi-
45 bel, und für neue Mitglieder nur schwer zugänglich.
46 Gleichzeitig erleben wir, dass die Erwartungen an
47 Transparenz, digitale Teilhabe und Mitbestimmung
48 stetig wachsen – von innen wie von außen.

49 Eine umfassende Überarbeitung bietet die Chan-
50 ce, unsere Organisation zukunftsfähig aufzustellen.
51 Ziel ist nicht bloß die sprachliche oder redaktionel-
52 le Modernisierung, sondern eine ernsthafte Prüfung
53 der bestehenden Strukturen:

- 54 • Sind unsere Gremien noch zeitgemäß organi-
55 siert?
- 56 • Fördern unsere Verfahren die Mitwirkung
57 möglichst vieler Mitglieder?
- 58 • Erleichtern wir ehrenamtliches Engagement
59 oder erschweren wir es durch unnötige Hür-
60 den?
- 61 • Spiegelt die Satzung unsere Werte – wie Ge-
62 schlechtergerechtigkeit, Teilhabe und Demo-
63 kratie – ausreichend wider?

64 Eine Kommission kann diese Fragen mit dem nöti-
65 gen Ernst, aber auch mit Offenheit für neue Ideen
66 bearbeiten. Dabei soll sie auch auf Erfahrungen aus
67 anderen Landesverbänden und auf Empfehlungen
68 von Expert*innen zurückgreifen. Ziel ist ein Reform-
69 vorschlag, der sowohl praktikabel als auch ambitio-
70 niert ist – im besten Sinne sozialdemokratisch: ver-
71 bindend, gerecht und offen für die Zukunft.

72 Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um gemeinsam
73 an einem starken organisatorischen Fundament zu
74 arbeiten, das unseren politischen Anspruch auch
75 strukturell trägt.